

Historischer Verein des Kantons Glarus : unsere Vorträge im Winter 1972/73

Objekttyp: **Appendix**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus**

Band (Jahr): **64 (1973)**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

HISTORISCHER VEREIN
DES
KANTONS GLARUS

Unsere Vorträge im Winter
1972/73

Beilage zum Jahrbuch Nr. 64/1973

**Versammlung vom 2. November im «Adler»
in Schwanden**

(372)

*Schweizerische Kirchengeschichtsschreibung
im ersten Drittel unseres Jahrhunderts
von Eduard Vischer*

Mit einem Vortrag über «Schweizerische Kirchengeschichtsschreibung im ersten Drittel unseres Jahrhunderts» eröffnete der Vereinspräsident die 110. winterliche Vortragsreihe der Gesellschaft und zwar im «Adler» in Schwanden. Nach einigen allgemeinen Reflexionen über Kirchengeschichte und Geschichte schlechthin schritt er von den allgemeinsten Darstellungen über schweizerische, kantonale und diözesane Bereiche zu den großen monographischen Beiträgen, die Joh. Georg Mayer auf der einen, Paul Wernle, Karl Barth, Ernst Staehelin auf der andern Seite beigesteuert haben.

Auch unser Glarus kam dabei nicht zu kurz, war doch der Jenenser Professor Karl Heußi, der ein in 13 Auflagen erschienenenes Handbuch der Kirchengeschichte geschrieben hat, ein ursprünglicher Mühlehorner; sein Urgroßvater war Stechermeister in Mollis, sein Großvater kam über das Pestalozzische Yverdon zum Studium in Deutschland. Und der Churer Domherr und Professor J. G. Mayer, der Verfasser großangelegter Geschichten der schweizerischen Gegenreformation und des Churer Bistums, war zeitweilig Pfarrer von Oberurnen und tätiges Mitglied des Historischen Vereins. Zu erwähnen ist hier aber vor allem auch der unvergessene Betschwander Pfarrer Gottfried Heer, der neben ungezählten andern historischen Arbeiten die Kirchengeschichte des Kantons Glarus geschrieben hat.

**Versammlung vom 16. Dezember
im «Glernerhof»**

(373)

*Die deutsche Reichsgründung 1871 und die
Schweiz von Professor Peter Stadler (Zürich)*

Trotz vorweihnachtlicher Zeit fanden sich zu dem überlegenen und reichen Vortrag von Prof. Peter Stadler die Zuhörer nicht weniger zahlreich ein als sonst, und wie auch die angeregte Diskussion erwies, bereuten sie es nicht, gekommen zu sein. Es war die Zeit, so hörten wir, in der die Kleinheit der Schweiz gegenüber den sie neu umgebenden Großmächten besonders manifest wurde. In eine neue Druckzone war unser Land hineingeraten; Mittelstaaten gab es in ihrer näheren Umgebung nicht mehr.

Weder diese realpolitisch neue Lage noch die hergebrachte Neutralität brachte aber einen Verzicht auf engagierte Stellungnahme mit sich. In den sechziger Jahren richtete sich diese gegen Bismarck, 1870 zunächst gegen Napoleon III., der als Angreifer dastand. Zudem genoß er schon lange in weiten Kreisen wegen seines Klerikalismus keine großen Sympathien. Eine Ausnahme bildete der große Ph. A. von Segesser, vielleicht der geistig unabhängigste Schweizer seiner Tage, dessen Einstellung zur plebiszitären Monarchie Napoleons III. Gegenstand eines eigenen Vortrages bilden könnte. Im Verlauf des Krieges von 1870/71 trat übrigens bald ein Meinungsumschwung ein. Bismarck hatte in sieben Jahren drei erfolgreiche Kriege geführt, jedes Mal mit bedeutendem Machtzuwachs. Man erwartete weiteres Derartige von ihm. Daß seine Politik nach 1871 eine konsequente Friedenspolitik war, blieb den Zeitgenossen verborgen. Ueber die schweizerische öffentliche Meinung der Zeit, von der Presse bis zum Chor bedeutender Einzelstimmen, existiert bereits eine ganze Literatur.

Selbst die schweizerische Außenpolitik erging sich damals noch in kühnen Phantasien, die von Illusionismus nicht frei war. Bundesrat J. Dubs träumte von einem Korridor zum Meere in der Richtung auf Nizza oder Vene-

dig, in der Folge dachte er noch an Gebietserwerbung in Nordsavoyen oder im Elsass, vermochte aber im Bundesrat — zum großen Glücke, sagen wir heute — nicht damit durchzudringen. Gegen Ende des Krieges aber, als auch Belfort von der Annexion bedroht schien, schloß sich namentlich Bundesrat Welti Dubs an, und Ende Februar wurden in Versailles gar Verhandlungen in Richtung einer größeren Gebietsabrundung in Richtung Montbéliard und bis vor die Tore von Mühlhausen geführt. Bismarck reagierte sehr gereizt und ablehnend. Der Frankfurter Friede nahm auf die Schweiz keinen Bezug.

Die Erhebung des preussischen Königs zum deutschen Kaiser machte in der Schweiz keine Schlagzeilen. Erst einen Monat nach der Proklamation gratulierte der Bundesrat in maßvoller Weise. Trotzdem wurde er von welscher Seite der «bassesse et servilité» bezichtigt. Ihre Machtstellung machte die Deutschen in der Schweiz verhaßt. Im Zürcher Tonhallekrawall entluden sich die Mißgefühle. Bismarck dagegen bezeugte der Schweiz auf lange hin, bis zum Wohlgemuth-Handel, in einem Moment, da seine eigene Stellung bereits ins Wanken gekommen war, sein stetes und ungetrübtes Wohlwollen. In den ersten Jahren nach der Reichsgründung brachte, was auch nicht zu vergessen ist, übrigens der auf beiden Seiten des Rheines geführte Kulturkampf gewisse neue Sympathien zwischen den beiden Ländern zu Tage.

**Versammlung vom 27. Januar
im «Glarnerhof»**

(374)

*Die Anfänge der schweizerischen Aristokratien
von Professor Hans Conrad Peyer (Zürich)*

Der Vortrag von Professor H. C. Peyer, der am 27. Januar im Historischen Verein gehalten wurde, stellte nichts weniger dar als den Versuch, die ganze ältere Schweizergeschichte neu, anders, wirklichkeitsnäher zu sehen. Jedenfalls blieb bei den Zuhörern von der geraden demo-

kratischen Linie vom Rütli bis zu den 1.-August-Feiern unserer Tage nicht sehr viel übrig. So ist die Forschung dauernd im Fluß und zwingt uns, unsere Vorstellungen und, wenn wir Lehrer sind, unsere Lehre zu ändern.

Fassen wir zusammen, so stellte Prof. Peyer zunächst fest, daß die Bundesgründer von 1291—1350 nicht so sehr Demokraten waren als der alten feudalen Welt angehörten. Eine demokratische Bewegung dagegen erfüllte die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts, die allenthalben die Geschlechter, die bei den Bundes-schließungen führend dabei gewesen waren, stürzte, umbrachte, vertrieb oder verarmen ließ: die Stauffacher und Wolfenschießen, die Gundoldingen, Brun, Bubenberg (letztere wenigstens temporär). Es ging in den «Orten» jetzt demokratischer zu als bisher. Es ist die Zeit, die, seit 1350, in den Ländern die Landsgemeinden deutlich sich herausbilden läßt, die Zeit, in der auch die Eidgenossenschaft sich erst richtig ausformte: erst nach 1400 begannen die Tagsatzungen richtig zu funktionieren.

Diese demokratische Bewegung der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stand indessen in weiteren Zusammenhängen. Zünfte erhoben sich allenthalben gegen städtische Patriziate. In unserer kleinen Schweiz erfolgten gleichzeitig große Umstellungen in der Landwirtschaft. Der Ackerbau, bisher bis in höchste Höhen gepflegt, wich der Viehzucht, Kleinvieh allmählich dem Großvieh. Viele Leute wurden freigesetzt und suchten andere Beschäftigungen: Vorbedingungen für den bald einsetzenden Solddienst waren geschaffen.

In den Behörden war der Wechsel der Amtsinhaber jetzt größer, aber nicht unbeschränkt. Neue Erblichkeiten stellten sich bald wieder ein, führende Geschlechter bildeten sich aufs neue heraus, die z. T. ihre Stellung bis ins 18., ja, in das frühe 19. Jahrhundert bewahren konnten. Diese frühe neue Aristokratisierung kann von Ort zu Ort, auch zahlenmäßig, verfolgt werden, in den «Ländern» noch früher als in den Städten: bei den Zelger in Unterwalden, den Tschudi in Glarus, die im 16. Jahrhundert fünfmal den Landammann stellten, bei

den Beroldingen in Uri. Letztere, ursprünglich Leibeigene der Attinghausen, erreichten bald nach 1400 das Landammannamt, ließen sich 1521 durch den Kaiser in den Adelsstand erheben und residierten wie eine kleine Dynastie auf einem Schlößchen in Seelisberg, wie sich ja auch die Tschudi ihr Gräplang erwarben und einen gewissermaßen adligen Lebensstil aneigneten.

Konnten solche Herren ursprünglich weder lesen noch schreiben, so ließ sich ohne eine gewisse Bildung, ja ohne Studien bald nicht mehr auskommen, wenn auch eine so weitausholende Gelehrsamkeit wie die Gilg Tschudis immer selten blieb. Weltlichem konnte so auch kirchlicher Aufstieg folgen, wie an vielen aufschlußreichen Beispielen dargetan wurde. Diese Aristokratisierung beschränkte sich nicht auf die regierenden Orte, sie erfolgte selbst in den Dörfern der untertänigen Gebiete, wie es etwa für das Gaster, für die zürcherische Landschaft dargetan worden ist.

Ein entsprechendes ländliches «Patriziat» fehlte auch den zersplitterten süddeutschen Gebieten nicht, eine ländliche Oberschicht, die sich vom 16. bis ins frühe 19. Jahrhundert kaum veränderte. In Süddeutschland wurden solche Erscheinungen durch den fürstlichen Territorialstaat verschlungen, für die Schweiz aber blieb das Regiertwerden durch quasi erbliche, wenn auch immer durch Volksbewegungen oder Wahlen gefährdete Oberschichten — so wurden die Urner Beroldingen am Ende des 17. Jahrhunderts gestürzt —, die für ihre Stellung und ihre öffentlichen Aufgaben Zeit und Mittel einsetzen konnten, ohne wie die ausländischen Staaten einer verwaltenden Bürokratie zu bedürfen, lange eine wesentliche, unterscheidende Eigenschaft.

Jene alte, bundesgründende Oberschicht des 13./14. Jahrhunderts gehörte einem Gesellschaftsgefüge an, das bei uns früh überwunden wurde, die neue, aus bäuerlichen Wurzeln erwachsene führende Schicht war autonom, war von unten erwachsen. Erst der «Volksstaat», so wird der Referent hinzufügen dürfen, der — nach dem helvetischen «Zwischenspiel» — seit

1830 über 1848 und 1874 erst langsam, im Gefolge der beiden Weltkriege dann aber immer rascher heraufkam, bei dem im Bund wie in Kantonen und Gemeinden auch eine bürokratische Verwaltung immer größeren Ausmaßes nicht ausbleiben konnte, näherte uns in mancher Hinsicht dem Gefüge der Nachbarstaaten an.

Hauptversammlung vom 17. Februar im «Glarnerhof»

*vor Abwicklung der Geschäfte Vortrag:
(375)*

*Vom Biltner Dorfbach. Ein Stück neuerer
Dorfgeschichte von Posthalter Franz Winteler*

Wenn wir heute an einen Bach unserer Genden denken, so kommt uns wohl zunächst seine Nutzbarkeit in den Sinn. Wir denken an die guten Forellen, die das Fischerglück auf den Tisch der Anwohner trägt, oder an die paar Pferdekräfte, die zu gewerblichen Zwecken verwendet werden können. Davon war im Vortrag von F. Winteler, zu dessen Vorlesung H. R. Comiotto hilfreich eingesprungen war, nicht die Rede, vielmehr von der das Dorf bedrohenden und bedrängenden Naturgewalt, die bei Unwettern eh und je furchtbarste Verheerungen anrichtete.

Der Biltner Dorfbach ist nur 3,8 km lang. Er ist in seinem Oberlaufe ein richtiger Bergbach mit einem Gefälle von 18 bis 31 %, der durch ein durch subalpine Molasse, Nagelfluh und Mergel gebildetes Gehänge zu Tale fließt und sich dann durch Dorf und Linthebene langsam der Linth bzw. dem Linthkanal zuwendet.

Schon aus älterer Zeit, von 1558 und 1576 etwa, sind einzelne verheerende Ausbrüche verzeichnet. Diese wiederholten sich in kürzeren oder längeren Abständen immer wieder und bildeten eine große Belastung für das Dorf. Die Aufräumungsarbeiten wurden im «Gemeinwerk» besorgt, ohne jegliche Entlohnung, aber bei Busse für Ausbleiben oder Zuspätkommen. Bei außerordentlichen Verheerungen kam regelmäßig auch Hilfe aus den Nachbar-

gemeinden. Manchmal verordnete der Rat Liebesgabensammlungen, andere Male wurden «Kirchensteuern» erhoben. Auch der Stand Zürich wurde gelegentlich um Liebesgaben angegangen.

Als 1855 nach einem Unwetter der Bach meterhohen Schutt zurückließ, auch die Bachbrücke weggerissen wurde, nahm sich die kantonale Polizeikommission der Sache an und veranlaßte aufgrund des Gesetzes betreffend obligatorische Bildung von Wuhrkorporationen von 1851 die Bildung einer Bachkorporation. Die Gemeindeversammlung stimmte zu. 1857 war die Bachkorporation Unterbilten als selbständige Körperschaft konstituiert, mit einer Kommission, die, vom Gemeindepräsidenten präsiert, regelmäßig zusammentrat und gegen Säumige sogar Strafgewalt hatte. Die Aufräumungsarbeiten geschahen von jetzt an gegen Entlohnung. Jetzt erwog man endlich auch vorsorgende Maßnahmen, doch ohne rechten Plan, ohne Durchgreifendes schaffen zu können. So trat immer neues Unheil ein.

Erst nach dem ungeheuren Wolkenbruch von 1886 mit Verheerung von Wald und Wiesen nicht nur, sondern auch der Zerstörung mancher Häuser und der Wegspülung aller bisher aufgeführten Talsperren — ein Unglück, das den Beizug von Hilfsmannschaften nicht nur aus den Nachbargemeinden erforderte — ging man systematisch an die Arbeit heran. Seit Bundessubventionen an Verbauungen und Aufforstungen erhältlich waren, durfte man das eher wagen. Der Plan des eidgenössischen Ingenieurs Anselmier fand allgemeine Zustimmung. Wenn auch die Gemeinde bei einer fünfzigprozentigen Bundessubvention noch sehr viel zu leisten hatte, so konnte doch die Verbauung bis 1894 vollendet werden.

Erst seit Beginn unseres Jahrhunderts traten den Verbauungen die ebenso notwendigen Aufforstungen zur Seite, wobei die «Große Risi» ganz besondere Probleme zu lösen aufgab. Anpflanzung ausländischer Weißerlen sowie Grasbesämung mit reicher Düngung verwandelten ein gefährliches Rutschgebiet in eine grüne Halde. Auch Entwässerungen waren

Hand in Hand mit den übrigen Maßnahmen noch nötig. So wurde in der Zeit von 1891 bis 1939 der Dorfbach doch gebändigt.

Eine lebhafte Aussprache schloß sich an, an der sich J. Elmer, Kantonsoberrichter E. Blumer, R. Zwicky, Dr. P. Hefti, K. Schindler, Elisabeth Thomann und schließlich Dr. Chr. Brunner beteiligten. Dabei wurde auf die entsprechenden dörflichen Bachprobleme von Niederurnen und Matt hingewiesen, im Falle Niederurnen mit dem Vorzeigen wohlerhaltener Photographien von 1891, im Falle Matt mit dem Hinweis auf das noch nicht ganz gelöste Problem des Tragens der Schäden (durch die Anstößer? durch die Allgemeinheit?). Kantonsoberrichter E. Blumer bezeichnete den Fall Bilten als ein Hauptbeispiel für eine erfolgreiche Bachverbauung, die wohl mit Bundessubvention, aber trotzdem unter größten Opfern der Gemeinde zustandekam.

Man vernahm auch noch manches über Arbeitskräfte und Arbeitstechnik. Damals, um 1890, ließen sich die ersten italienischen Erdarbeiter in Niederurnen — und wohl allenthalben unter entsprechenden Verhältnissen — nieder, deren Nachfahren längst unsere Mitbürger sind. An die Stelle der in Bilten und anderswo bei den Verbauungen der neunziger Jahre verwendeten gigantischen Steinblöcke von 1 bis 3 Kubikmetern Umfang ist längst der Beton getreten. Endlich war zu vernehmen, daß Verbauungen und Entwässerungen in jüngster Zeit auch das weitere Einzugsgebiet so gefährlicher Bäche erfassen.

War schon bisher versucht worden, vom einen oder andern Punkte aus den Anschluß an größere geschichtliche Zusammenhänge zu finden, so schloß Dr. Chr. Brunner mit dem Hinweis auf die Ausführungen des englischen Kulturhistorikers Arnold J. Toynbee über die Herausforderung der Natur an den Menschen, die immer feinere Gemeinschaftsformen in den Hochkulturen hervorbringe.

An Vortrag und Aussprache schloß sich erst zu vorgerückter Stunde die Hauptversammlung 1973 des Vereins an. Präsident Dr. E. Vischer verlas den üblichen Jahresbericht.

Der Erhöhung des Jahresbeitrages auf 15 Fr. wurde allgemein zugestimmt. Sodann erläuterte der Quästor, Dr. Peter H e f t i , die Rechnung für das abgelaufene Jahr 1972, die durch das Nebeneinander verschiedener zweckgebundener Fonds etwas kompliziert scheint, durch den Schlußzusammenzug aber sich höchst einfach präsentiert. Die Kasse ist gerüstet, die Kosten größerer Publikationen zu wesentlichen Teilen tragen zu können. Unter bester Verdankung an Quästor und Rechnungsrevisor nahm die wohlgelungene Versammlung ihr Ende.

-d -r

Sonderdruck aus den «Glarner Nachrichten» vom 2. November und 22. Dezember 1972, 5. Februar und 7. März 1973. Für die Voranzeige vgl. «Glarner Nachrichten» vom 15. Dezember, 26. Januar und 16. Februar.

Die Schweiz 1914—1973

Berichterstattung über vier Vorträge
von Dr. H. Böschenstein und Prof. B. Junker
vom 31. Aug., 7., 14. und 21. Sept. 1973

veranstaltet vom
Historischen Verein und vom Lehrerverein
des Kantons Glarus
(5. Zyklus)

Die Schweiz 1914-1973

Zur Einführung

Einige unter uns sind vielleicht zur Grenzbesetzung von 1914—1918 noch im alten, blauen Waffenrock eingerückt, sie sind in der Zeit *vor* 1914 herangewachsen, vor der Jahrhundertwende geboren. Andere, wie der Sprechende, erlebten Politik zuerst mit den Kaisermanövern und den Schüssen jenes Sonntags vom 28. Juni 1914, sahen dann die endlosen Eisenbahnzüge, die unsere Truppen an die Grenzen führten, vorbeifahren und haben seit dem Kriegsausbruch von 1914 keinen Tag mehr ohne Zeitungslektüre gelassen, entgegen der Mahnung J. Burckhardts, man solle mehr an die Ewigungen als an die Zeitungen denken. Sie erlebten den Zusammenbruch fast aller europäischen Monarchien, die russische Revolution, das Auseinanderfallen Oesterreich-Ungarn und der Türkei und das Eingreifen transatlantischer Mächte in die europäische Politik, und ihre entscheidenden Jugendjahre fielen in die Nachwehen des Generalstreiks mit ihrer Zerklüftung des Volkes. Mittlere Jahrgänge erlebten noch Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und dann die braune Bedrohung, einzelne zuerst eine schweizerische Erneuerung auf entsprechenden Grundlagen erträumend. Sie erlebten das Friedensabkommen in der Metallindustrie von 1936 und rückten 1939 bis zum hintersten HD mit einem einigen Volk in den Aktivdienst ein. *Noch* Jüngere kennen den Zweiten Weltkrieg nur vom Hörensagen oder aus der Lektüre. Sie erwachsen in dem Wohlstand der Hochkonjunktur, je länger je mehr doch unbefriedigt von seinen scheinbar bloss materiellen Segnungen, die sich zudem immer mehr zum Fluche zu wenden scheinen.

Alle aber sind davon durchdrungen, dass gegenüber einer mehr oder weniger guten alten Zeit in den vergangenen 50 Jahren die Schweiz eine total andere geworden ist, denken wir nur an die vielleicht mit milden Gaben unterstützten Wehrmänner von 1914, an die Verdienstersatzordnung des zweiten Krieges, an die AHV von 1948 und ihren beinah phantastischen Ausbau bis zum heutigen Tage (und darüber hinaus), an die Verallgemeinerung des Stipendienwesens und damit der Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch an eine Wirtschaftsexpansion, die mit den heimischen Arbeitskräften trotz grösster technischer Errungenschaften so wenig auskommt wie in den Jahren vor 1914, an den schüchternen Völkerbundsversuch von 1919, an die blühende EWG von heute, aber auch an die drohend über uns lastende Atombombe und die Supermächte, in deren Schatten wir leben.

Und nun kann es sich bei den Wandlungen von 1914 bis 1973 nicht nur

um Veränderungen im Schlepptau des Auslandes handeln, und noch weniger um eine sozusagen automatische Entwicklung. Einige bedeutende Männer trugen durch Ideen und Tatkraft dazu bei; ohne die Beschlüsse des ganzen Volkes aber hätten sich in unserer direkten Demokratie die besten Absichten nicht realisieren lassen. Beides soll in den vier Vortragsstunden zur Sprache kommen, indem die Referenten, die beide schon beim Historischen Verein zu Gäste waren, sich so in die Aufgabe teilen, dass Herr Professor Dr. Beat *Junker*, Seminarlehrer in Bern und Lehrbeauftragter an der dortigen Universität, mehr von den Verhältnissen und Institutionen, Herr Dr. phil. h. c. Hermann *Böschenstein*, der sich als junger Fürsprecher der Journalistik zuwandte und so alles aus der Nähe miterlebt hat, immer aber auch den Drang in sich spürte, über die Form des Artikels zu der des Buches vorzustossen, mehr von den führenden Politikern sprechen werden, beide in die unmittelbare Gegenwart einmündend.

Und dabei wird erst noch vieles auszuklammern sein. Mehr von den äusseren Wandlungen wird die Rede sein. Vom Leben des Geistes in unserer Zeit, von der Kultur im weitesten Sinne des Wortes (Kunst, Literatur, Wissenschaften), oder gar vom Glauben — K. Barth, Emil Brunner, Leonhard Ragaz haben einen guten Teil dieser Jahre miterlebt und in ihrer Art mitgestaltet — wird nicht die Rede sein können. Diesen hohen Dingen müsste eigentlich einmal ein besonderer Zyklus gewidmet werden.

Aber schon von der politischen Schweiz von 1914 bis 1973 könnte man ein ganzes Jahr lang reden. Wir aber räumen dem grossen Thema nur vier Vortragsstunden ein. Nicht erschöpfende Erkenntnisse also werden diese vier Abende vermitteln können, wohl aber reiche Anregungen, die bei redlicher Weiterarbeit dazu führen können, sei es, dass sie den eigenen Standort klären, sei es, dass manches an die Allerjüngsten, die Schüler, besser als bisher weitergegeben werden kann.

Am ersten und vierten Abend spricht Herr Prof. Junker, am zweiten und dritten Herr Dr. Böschenstein. Wir sind beiden, dem älteren wie dem jüngeren Referenten für die Bereitwilligkeit, den Gegenstand für uns zu durchdenken und zu gestalten und aus dem fernen Bern zu uns zu kommen, von Herzen dankbar.

e. v.

I

Zeitgeschichte ist nicht nur problematisch, weil sie auf der einen Seite unter papierenem Quellenüberfluss leidet, auf der andern Seite entscheidende Quellenunterlagen bereits endgültig verloren gegangen, noch andere noch nicht bekannt geworden sind, sondern auch deshalb, weil die einen der Zeitgenossen die fragliche Zeitspanne grossenteils nur vom Hörensagen kennen, die andern sie von Anfang bis Ende als mehr oder minder orientierte Zeugen selbst miterlebt haben, ohne doch deren entscheidende Charakteristika klar vor sich zu sehen. Beiden Gruppen kann der Zeitgeschichtsschreiber ein Helfer sein.

Prof. B. J u n k e r aus Bern, der den Zyklus eröffnete und mit dem vierten Vortrag schliessen wird, hatte zunächst einige Abgrenzungen zu vollziehen. Wenn man für die Schweiz diese fünfzig Jahre, die uns in unserem Rückblick beschäftigen, mit einem bestimmten Jahr beginnen lassen will, das nicht nur chronologischen Wert hat, so ist es am ehesten 1918, das Jahr, in dem die Grenzbesetzung zu Ende ging und fast gleichzeitig der Generalstreik ausbrach. Als Mitte der Zeitspanne, nach der sich Anfangs- und Schlussvortrag trennen lassen, aber bietet sich ungesucht das Jahr 1939 an.

Einige althergebrachte Antagonismen hatten sich übrigens jetzt so ziemlich ausgelebt; der Kampf zwischen Zentralisten und Föderalisten, zwischen Radikalen und Konservativen. An die Stelle älterer politischer Motive waren weitgehend die sozialen Fragen getreten. Hinter der Kranken- und Unfallversicherung von 1913 standen alle politischen Parteien. Eine gewisse Verwirtschaftlichung der Politik hat sich, entgegen der Meinung E. Dürrs, lange vor 1914 durchgesetzt, nur dass es jetzt nicht mehr allein Eisenbahnfragen sind, die die Gemüter bewegen. Die Sekretariate der vier

grossen Wirtschaftsverbände, von denen aus auch Politik getrieben wird, sind zwischen 1870 1897 gegründet worden.

Blicken wir den Ereignissen und Ereigniskomplexen der letzten 50 Jahre ins Auge, so stehen wir zuerst vor dem Generalstreik am Ende des Ersten Weltkrieges. Viel Verdrossenheit, ja wirkliche Not, die sich im Laufe der Kriegsjahre aufgestaut hatte, machten soziale Unrast, ja Unruhe durchaus erklärbar. Bis heute aber ist das wahre Ziel, das die Streikführer, trotz dickleibiger Bücher, die dem Gegenstande gewidmet worden sind, verfolgten, nicht ganz klar, ist allfällige ausländische Subvention im Bereiche des Unabgeklärten und Unbewiesenen geblieben. Wahrscheinlich stellte das Oltener Aktionskomitee auf das Echo ab, das seine Streikparolen fänd. Dieses war am stärksten in Zürich, vielerorts, so auch im Kanton Glarus, sehr schwach. Olten kapitulierte. Die substantiellen Forderungen des Komitees aber sind, teils sehr bald, teils nach Jahren und Jahrzehnten, fast alle erfüllt worden.

Die Sozialdemokraten — und das war wohl eine Lehre von 1918 — trennten sich von den Kommunisten und schlossen sich der III. Internationale nicht an. Sie bekämpften noch einige Jahre die Militärkredite, wandten sich aber auch in diesem Punkte unter den gänzlich veränderten Verhältnissen der dreissiger Jahre dem bestehenden Staate wieder mit mehr Wärme zu.

Ein politisch ungemein wichtiges Ereignis war die Einführung des Verhältnis-Wahlverfahrens für die Bestellung des Nationalrates, des *Proporz*, der, in Kantonen und Gemeinden schon seit Jahren vielfach eingeführt, im Bunde nach den ergebnislosen Anläufen von 1900 und 1910 im Oktober 1918 in einer eidgenössischen Volksabstimmung mit starkem Mehr angenommen worden war. Der Proporz als solcher, der nun auch die kleinen Parteien zu ihrer Vertretung kommen liess, mit dadurch, dass fortan jede «Wahlkreisgeometrie» ausgeschlossen war und künftig Kan-

tone und Nationalratswahlkreise zusammenfielen, war beim Ausbruch des Generalstreiks also bereits gesichert, die diesbezügliche Forderung konnte sich nur noch auf die sofortige Anwendung, auf die Vorverlegung der Nationalratswahlen von 1920 auf 1919 beziehen.

Die Wahlen von 1919 brachten, wie zu erwarten stand, den Sturz des Freisinns als Fraktion der absoluten Mehrheit und eine Verdoppelung der Zahl der sozialdemokratischen Sitze. Auch beteiligten sich ganz neue Parteien an den Wahlen, bei denen z. T. wirtschaftliche Motive, z. T. auch gewisse Generationenkonflikte zur Entstehung geführt hatten, so die Partei der Bauern, die ihre Interessen von den Freisinnigen, die den Bauern zu sehr zur Konsumentenpartei geworden waren, nicht mehr genügend gewahrt fand. Die kleine Evangelische Volkspartei, für die als programmistischer Vorkämpfer in starkem Masse der Historiker H. Bächtold wirkte, war nicht konservativ im Sinne früherer evangelischer Parteiversuche, sondern stark sozial bestimmt. (Für die Glarner Landratswahlen fand der Proporz 1919 Annahme, und damit zusammen fiel eine straffere parteipolitische Organisation).

In aller Kürze war in der Folge von *Armeefragen* die Rede. Die Ablehnung der Militärkredite durch die Sozialdemokraten war nicht rein schweizerisch bedingt; vielmehr spielte der Umstand mit, dass damals in allen unsern Nachbarstaaten ausser Italien die Armee, z. T. durch friedensvertragliche zahlenmässige Festlegungen, als reines Verteidigungsinstrument konzipiert war, wobei auch an die französische Maginotlinie, die das Land gegen aussen absichern sollte, erinnert wurde.

Nach 1933 wurde all das anders. Die sich von Jahr zu Jahr wandelnde sozialdemokratische Einstellung zur Armee lässt sich heute an Hand der sozialdemokratischen Parteitagsprotokolle genau verfolgen. Schliesslich wurde angesichts der immer stärkeren braunen Bedrohung die schweizerische Armee als das «kleinere Uebel» wieder akzeptiert. Das aber

waren dieselben Jahre, in denen Rudolf Minger das Militärdepartement mit grossem Geschick leitete und der Armee viel an verlorengegangener Popularität zurückgewann. 1935 konnten auf Grund einer eidgenössischen Volksabstimmung die Rekrutenschulen ganz wesentlich verlängert werden.

Die Jahre seit 1933 brachten auch in der Schweiz eine gewisse Auflockerung in das politische Getriebe. Gewiss kann manches unter dem Sammelnamen «Frontenfrühling» vereinigt werden; dennoch findet es der Berichterstatter nicht glücklich, dass dieser Ausdruck immer noch Anwendung findet, denn allzu sehr werden dadurch die von Anfang an frontenfeindlichen, gut-eidgenössisch bleibenden Kreise vernachlässigt. Abgesehen von den eigentlichen «Fronten» mit ausländischem Einschlag (Ablehnung der Demokratie, Führerprinzip u. dgl.), die eine Zeitlang sogar, offensichtlich von Angehörigen alter Parteien in der Wahl unterstützt, einen Vertreter in den Nationalrat entsandten, sind unter den sogenannten Erneuerungsbewegungen aber auch Bewegungen innerhalb bestehender Parteien zu nennen, so die Jungbauern, die sich schliesslich von ihrer Mutterpartei trennten, die Jungliberalen und Jungkonservativen, die ihren Stammparteien neue Impulse zu geben versuchten.

Interessant ist es, die relative oder gar absolute Abnahme von Bauerntum und Arbeiterschaft in dieser Zeit zu konstatieren, und andererseits die Zunahme des tertiären (d. h. Dienstleistungs-)Sektors mit sozialen Gruppen, an die z. T. in neuer Weise appelliert wurde, wofür der «Landesring» ein Beispiel ist. An «Fronten» wie an «Landesring» lässt sich übrigens auch die Abwertung der Bezeichnung «Partei», die ihrem Wortursprung nach das Trennende betont, ablesen. Das «Ganze» wollte jetzt stärker betont werden.

Viel wichtiger als all die kleinen Gruppen mit ihrem «Appell ans Ganze» war für dieses Volksganze und seine Stärke nach innen und aussen die Absage einer grossen Partei an die bisher mit Ueberzeugung bekannte Klassen-

kampfideologie, die im Friedensabkommen, dem seither sehr oft erneuerten, in der Metallindustrie von 1936 zum Ausdruck kam.

Ein rascher Blick und eine interessante Interpretation erhellten zum Schlusse das Bild der Weltwirtschaftskrise, die 1929 ausgebrochen war. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auch in unserer kleinen Schweiz auf die sehr hohe Zahl von 124 000 an. 1936 begann nach der wohl allgemeinen Auffassung mit der Frankenabwertung der Umschwung. Der Referent gab der Meinung Ausdruck, wichtiger als die Abwertung seien wie im aufrüstenden nördlichen Nachbarlande auch in der Schweiz die Militäraufträge gewesen, die jetzt der Industrie wieder erteilt werden konnten.

Der Berichterstatter, der sich hierüber allerdings über keine Spezialstudien ausweisen kann, würde hinzusetzen, dass dem wahrscheinlich von Branche zu Branche verschieden war und für die Textilindustrie nicht zu gelten braucht, was für die Metallindustrie richtig sein kann. — Die Diskussion wurde nur von der älteren Generation benutzt. Hoffen wir, dass sich im Laufe des übrigens recht gut besuchten Zyklus auch Jüngere zum Worte melden.

II

Hatte der erste Referent, Prof. B. Junker, frei gesprochen, so trug der zweite, Dr. H. Böschenstein, ein für uns ausgearbeitetes und ausgefeiltes Manuskript vor. Obwohl voll farbiger Details und entschiedenen Urteils, bot das dichte Gewebe dem Aufnahmevermögen der Zuhörer doch gewisse Schwierigkeiten. Eine Aussprache vermochte sich nicht zu entwickeln, doch ging man dankbar und bereichert heim.

Auch Dr. Böschenstein führte mit seinem ersten Vortrag bis an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges heran und endigte eine etwas verworrene Zeit mit der Evokation der Zürcher Landesausstellung. Die Darstellung, die er uns bot, war fern jeglicher Uebertonung des per-

sönlichen Elements, vollends jenes Personenkults, wie er merkwürdigerweise sich mit der materialistischen Geschichtsauffassung so leicht verschwistert. Aber er konnte doch ab und zu wieder zeigen, dass auch in der neuesten Geschichte nicht nur eine Entfaltung grosser Ideen vor sich geht, sondern dass Einstellung, Sympathien und Antipathien der Personen, die an die leitenden Stellen zu stehen kommen, überaus viel ausmachen. Dadurch kamen in das Bild, das vor acht Tagen entrollt worden war, neue Nüancen.

Zunächst einmal wurde nicht erst beim Generalstreik von 1918 eingesetzt, sondern einiges Wichtige ausgeführt zum Thema «Die Schweiz während des Ersten Weltkrieges». In der Tat ist gerade das Verhältnis, ja, die Spannung zwischen Deutsch und Welsch vielleicht nie in unserer Geschichte so manifest geworden wie in den Jahren 1914—18. Von den westlichen Sympathien der Welschen, die den Sieg der Entente geradezu als ihren Sieg empfanden, war dabei weniger die Rede als von den deutschen und österreichischen Sympathien der Armeeführung und auch vieler Politiker, deren meiste, soweit sie Juristen waren, ein oder mehrere Semester an deutschen Universitäten verbracht hatten, von denen einzelne sogar starke Elemente deutscher Abkunft aufwiesen, nicht nur General Wille, sondern z. B. auch die Bundesräte Forrer und Hoffmann.

Hoffmann strachelte über einer unzeitigen Bemühung um einen Teilfrieden; Forrer, ein Pionier der Sozialpolitik, war, schon aus dem Bundesrate zurückgetreten, im «Volksbund», der Vereinigung der deutschfreundlichen Völkerbundsgegner zu sehen. Die «Oberstenaffäre», die noch Ed. Fueter in seiner «Geschichte der Schweiz seit 1848» (1928) als «ärgerlichen Zwischenfall» abtat, hat sich erst durch neueste Forschungen als viel ernster erwiesen. Es ist fast als ein Wunder zu bezeichnen, dass sie nicht zur Staatsaffäre grossen Stils mit ernstesten neutralitätspolitischen Folgen auswuchs.

Das Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Spitze in der Zeit des Aktivdienstes war eh und je problemgeladen. Alfred Ernst, Truppenführer und Universitätsdozent in einem, hat der Frage 1948 eine abschliessende Studie — Ernst ist von Haus aus Jurist — gewidmet.

Eine Stunde für sich würde die Kriegswirtschaft erfordern, für die bei Kriegsausbruch, wo jedermann mit einer ganz kurzen Kriegsdauer rechnete — man dachte an 1866 und 1870 und hatte den amerikanischen Sezessionskrieg der gleichen Zeit ganz vergessen — überhaupt nicht vorgesorgt war, sozial noch weniger als wirtschaftlich. Bundesrat Emil Schult Hess wurde auf Kosten der grossgearteten Sozialpolitik, die ihm als seine Aufgabe vorgeschwebt hatte, deren Organisator. Leichter ging es mit der Mobilisationsfinanzierung, wo sich der Bundesrat von ausgezeichneten Experten wie Prof. Julius Landmann beraten liess und ein zahlungswilliges Volk fand.

Einzelne Lichten liess natürlich auch Dr. H. Böschenstein auf den Generalstreik von 1918 fallen, ohne dass die Ergebnisse der Ausführungen von Prof. B. Junker und der an sie anschliessenden Aussprache modifiziert worden wären. Nobs, den ehemaligen Lehrer und späteren Bundesrat, lernten wir als wichtigsten agitatorischen Publizisten am «Volksrecht» kennen.

Den Uebergang zum Proporz bezeichnete Böschenstein geradezu als die wichtigste Zäsur in der Geschichte des Bundesstaates. Dieses Wahlverfahren war ursprünglich von links und rechts verlangt worden: es bedeutete für die damaligen Katholisch-Konservativen, die jetzt immerhin mit zwei Mitgliedern in den Bundesrat einzogen, wie namentlich für die rechtsstehenden kleinen Parteien eine herbe Enttäuschung. Die Bauernpartei, die sich Junker vor allem aus Interessengründen hatte vom Freisinn abspalten lassen, sah Böschenstein noch stärker in ihrer betont nationalen Haltung und Funktion. Der Freisinn war ihr darin zu mild, zu leisetreterisch.

Die zwanziger Jahre sahen einen stabilen Bundesrat. Trotzdem bezeichnete der politi-

sche Historiker diese jetzt vielfach als «glücklich» gepriesenen zwanziger Jahre als «unglückseliges Jahrzehnt». R. Haab war zwar für Post und Bahn ein glücklicher Reorganisator, aber die ewigen Streitereien zwischen Musy und Schulthess (vgl. darüber nicht nur Böschensteins Schulthess-Biographie, sondern auch seine Auszüge aus den Tagebüchern Scheurers) vergifteten vieles, was soweit ging, dass Musy Abstimmungsvorlagen des bundesrätlichen Kollegen öffentlich bekämpfte.

In der grossen Wirtschaftskrise steuerte Musy einen streng deflationären Kurs, jene Politik des sparsamen Hausvaters, die heute so sehr verpönt ist. Eine Referendumsabstimmung, die die Herabsetzung der Beamtengehälter verunmöglichen sollte, hat er einfach ignoriert, während er in der Volksabstimmung über die Kriseninitiative (Beteiligung: über 84 %) die Volksmehrheit hinter sich hatte. Eine halbe Milliarde für aktive Krisenbekämpfung aufzuwenden, schien der Volksmehrheit abenteuerlich; 12 Milliarden für die Mobilisationskosten aber wurden in zeitlich naher Folge leicht geschluckt.

Die dreissiger Jahre bezeichnete Böschenstein als «verworrenste Periode der Schweizergeschichte». Manche Lichter liess er auf die sogenannten Erneuerungsbewegungen — den Ausdruck «Frontenfrühling» hat er zu Recht nicht verwendet — fallen. Im Positiven und im Negativen sind diese weit in die zwanziger Jahre zurückzuverfolgen. Bei den eigentlichen Fronten hielten manche erstaunlich lange aus, einige bis zum Verrat. Was für positive Ideale sie leiteten, wüssten wir gerne, ebenso, wie uns die entsprechende Frage angesichts der maoistischen oder trotzkistischen Sektierer an unsern hohen Schulen oft beschäftigt.

Die sehr positiven Seiten dieser dreissiger Jahre, namentlich die Einigung des Volkes angesichts der Arglist der Zeit, hatte Junker schon so stark betont, dass es Böschenstein nicht auch noch zu tun brauchte. Die Wandlungen des Neutralitätsbegriffs, den Staatsschutz wie auch das Problem des Staatsvertragsreferendums hat er eben nur gestreift.

III

Dank den Kriegsvollmachten war der Bundesrat auch in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, wie Dr. phil. h. c. Hermann Böschenstein in seinem zweiten Vortrag ausführte, ausserordentlich stark, infolge persönlicher Verumständungen (Krankheit und Tod; Charakter Schwäche) aber ungemein schwach. Rasch wechselten damals die einzelnen Mitglieder des Kollegiums. Der geschichtlichen Erinnerung eingepreßt hat sich vor allem H. Obrecht, der Schöpfer der Lohn- und Verdienstersatzordnung, aus der in späterer Friedenszeit die AHV erwachsen konnte. Derselbe Obrecht hat wie wenige den Widerstandswillen gestärkt.

Als eigentliche Führergestalt, um die sich das Volk, das zivile und erst recht das uniformierte, scharte, erschien der General. Wer den Ersten Krieg erlebt hatte, dem war das Zwiegespann von General und Generalstabschef gegenwärtig; jetzt arbeitete eine unsichtbare Regie den einen General, den schweizerischen «Führer» sozusagen, heraus. Trotz seinen 65 Jahren wirkte er strahlend frisch. Die deutschschweizerischen Wehrmänner wussten er auf seinen zahlreichen Inspektionsreisen in ihrer Muttersprache anzureden. Auf kluge Ratgeber hörte er gerne. Die Dienstleistungen wurden kürzer als im Ersten Weltkrieg, das Urlaubswesen flexibler gestaltet. Höhepunkt war wohl der Rütlibericht.

Die Spannungen zwischen General und Bundesrat waren stets beträchtlich. In den beiden Schlussberichten des Generals und des Bundesrates lagen sie jedermann vor Augen. Namentlich zum Chef des Militärdepartements, Bundesrat Kobelt, wollte sich kein gutes Verhältnis herstellen. Andererseits darf die volle Zustimmung der Landesregierung zur Reduitidee des Generals nicht vergessen werden, die im Kriegsfall weite Teile der wirtschaftlich

wertvollsten Teile des Landes von vornherein preisgegeben hätte, aber die einzige Möglichkeit bot, die belagerte Festung des Landes als solche zu halten.

Von den geheimen Seiten General Guisans sei hier nur wenig die Rede, von seinen Verhandlungen mit französischen militärischen Stellen, deren Aktenunterlagen durch unglückliche Zufälle in deutsche Hände fielen, von seinen Ideen, Nutzen für das Land zu stiften durch eine Sondergesandtschaft zu Hitler, über die wir erst seit dem Bericht von Edgar Bonjour unterrichtet sind. — Schon durch den Bericht Ludwig über das Asylrecht im Zweiten Weltkrieg wussten wir, dass Guisan ein Gegner jeglicher Asylrechtsgewährung war. Es muss wohl gesagt werden, dass das Volk gerade in diesem Punkte hinter seinem General stand, dass aber eine flexiblere Verwaltung solcher Haltung gegenüber unendlich viel mehr Gutes hätte geschehen lassen können, als wirklich geschah.

Die spätere Kriegszeit brachte neue Namen, so den von Stampfli, Lehrerssohn aus einfachsten Verhältnissen, Chef der Kriegsversorgung und Schöpfer der AHV, des grössten Sozialwerkes unseres Landes. Im Juli 1947 konnte darüber wie auch über die neugefassten Wirtschaftsartikel abgestimmt werden. Damit waren die Wege zum Leben in neuer Friedensära gebahnt, nicht der allseits prognostizierten Arbeitslosigkeit, sondern niegesehener Konjunktur.

Ebenso wichtig waren die Beziehungen nach aussen. Prof. Max Petitpierre übernahm zu Anfang 1945 ohne jede Regierungserfahrung die Aussenpolitik. Er wusste die sehr lange unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland wiederherzustellen und doch das gute Verhältnis zu der transatlantischen Schwesterrepublik zu wahren. Ohne Beitritt — heute erst steht er ernstlicher in Frage — wurde aus lebendiger Solidarität heraus in vielen Spezialorganisationen der Uno mitgearbeitet.

Endlich die Vierparteienregierung, die unter Ausschluss aller kleineren Gruppen, mochten ihre allfälligen Kandidaten noch so gut sein, 1959 ins Leben trat, aber, wie der Berichterstatter gerne beifügt, niemals ohne Problematik bleiben wird. Das Jahr 1954 brachte die Parität zwischen Freisinn und Katholisch-Konservativen, und 1959, nachdem schon in früheren Jahren einzelne Sozialdemokraten der Landesregierung angehört hatten, kam die «Zauberformel», die, bis in allerneueste Zeit hinein wenigstens, Frieden und Freiheit zu garantieren vermochte.

Auf einige sachliche Probleme der Nachkriegszeit (Uebergang von der politischen zu der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie, prinzipielle Infragestellung der Landesverteidigung, Wohnungsnot, ganz abgesehen von den modernsten Fragen der Problematik des Wirtschaftswachstums) konnte eben noch hingewiesen und dargetan werden, dass die Uebermächtigkeit mancher Sachfragen die Freiheit des Individuums noch mehr einengen wird; ob die weiter ausgebaute Europäische Gemeinschaft nicht auch die des Einzelstaates beschneiden wird, ist noch unklar.

Aus einer überreichen Tatsachenfülle bekamen wir einiges in wohlgeählter Dosierung und in guter Form vorgelegt, von einem, der all die Jahrzehnte als wacher Beobachter dabei war. Die letzte Vortragsstunde wird nun ganz den zuletzt skizzierten Sachfragen, den epochalen Aenderungen, die unser Land gegenwärtig durchläuft, gewidmet sein.

IV

Vor einem kleinen Rest von Zuhörern trat Prof. B. J u n k e r am 21. September zum zweiten Male ans Vortragspult. Schade, denn es war ein integrierender Bestandteil des ganzen Zyklus. Einige methodologische Gedanken bestätigten zunächst, was schon in der «Einführung» über eine gewisse Problematik der

Zeitgeschichte angedeutet worden war. Es ist für das Verhältnis zum Zeitgeschehen und zu den Tagesfragen entscheidend, ob einer den Zweiten Weltkrieg (oder gar die Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit) noch unvermittelt in sein Bewusstsein aufgenommen hat oder nicht.

Es folgten Reflexionen über Unterschiede und Ähnlichkeiten der beiden Weltkriege im Verhältnis zur neutralen Schweiz. Ein Hauptunterschied war, dass man den Zweiten Weltkrieg kommen sah und sich in jeder Hinsicht vorsehen konnte. Ob die Schweiz in Tat und Wahrheit bedroht war, und wenn ja, in welchem Zeitpunkt, ist bis heute strittig. Man nimmt heute an, die gefährlichste Zeit für uns sei die zweite Hälfte des Jahres 1940 gewesen. Warum aber wurde daraus kein Angriff? Der Referent legte die plausiblen Gründe dar, weshalb eine selbständige Schweiz für die Achse während der ganzen Kriegszeit von einem gewissen Werte war.

Einiges Neue konnte Prof. B. Junker zur Rede des Bundespräsidenten vom 25. Juni 1940 beibringen. Eine Rede Pétains wenige Wochen vorher sei ihm Vorbild gewesen. Dazu nannte er neben dem defätistischen Gehalt, der weiteste Kreise, zumal der Armee, schockierte, jene andere, fast vergessene Seite: die Garantie der Vollbeschäftigung durch den Bundesrat. Die Rede fand denn auch zunächst in der sozialistischen Presse ein durchaus positives Echo.

Sehr schlecht sind wir über den «Rütli-rapport» orientiert. Gewisse Ausdrucksformen der Anpassung, die aus der Situation der belagerten Festung heraus erfolgten, hält der Referent zum mindesten für diskutabel: So die Verdunkelung, so die allzu engherzige Anwendung des Asylrechtes. Ausdrucksformen eines, sei es spontanen, sei es reflektierten Widerstandes war die sogenannte Offiziersverschwörung vom Sommer 1940, die aus dem nicht unbegründeten Misstrauen in den Bundesrat zu verstehen ist, ferner die «geistige Landesverteidigung», als deren Hauptexpo-

nenten die Geschichtsprofessoren Karl Meyer und Werner Näf genannt wurden, deren Grundlegung aber, wenn der Berichterstatter nicht irrt, von Bundesrat Etter stammt. Auch ihre problematischen Seiten wurden nicht verschwiegen (gewisse Verzerrungen und Idealisierungen unseres Geschichtsbildes). In diesem Zusammenhang wäre vielleicht auch «Heer und Haus» zu nennen gewesen mit den entsprechenden positiven und problematischen Seiten.

Auch das Kriegsende war anders als 1918, wie auch die Weltlage anders war und die Sieger sogleich in zwei gigantische Machtblöcke auseinandertraten, eine Tatsache, die im Laufe der weiteren Ausführungen etwas zu sehr in den Hintergrund getreten sein mag. Jedenfalls konnte eine Militärmüdigkeit wie 1918 schon aus solchen Gründen damals nicht aufkommen. Statt der einkalkulierten Arbeitslosigkeit kam es zu einer nie erlebten Hochkonjunktur (mit nur minimalen Rezessionen), statt der Fortsetzung des Geburtenrückganges kam seit 1940 ein Zuwachs und bald nach dem Kriege der Zustrom der fremden Arbeitskräfte.

Unter den Nachkriegsereignissen im engeren Sinne des Wortes nannte der Referent die endliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland, die Pilet 1944 misslungen war, Petitpierre aber im folgenden Jahre gelang. Schon 1950 erfolgte die Anerkennung der volksdemokratischen Republik China. Ferner wurden erwähnt der für schweizerische Verhältnisse ausserordentlich starke Ausbau der Diplomatie, die enge Verbindung von Neutralität und Solidarität (Petitpierre) in jener Zeit unmittelbar nach dem Kriege, da weiterhin Neutralität keinen hohen Kurswert hatte. Interessant ist, dass schon zehn Jahre nach Kriegsende Oesterreich im Staatsvertrag mit Russland ein Neutralitätsstatut nach schweizerischem, nicht etwa nach dem weniger rigorosen schwedischen Muster auferlegt wurde.

Etwas zu kurz mag die Wirtschaft gekommen sein, mit ihren Fremdarbeitern und den

allzulange übersehenen Infrastrukturproblemen, mit Geldentwertung und Währungsunsicherheit und der ausdrücklich erwähnten bedrückenden Tatsache, dass alle kulturdämpfenden Massnahmen bis jetzt wirkungslos geblieben sind.

Noch stärker, als es geschah, hätte vielleicht die kapitale Wichtigkeit der grosszügigen AHV und IV ins Licht gerückt werden können. Sie ist, wie der Referent betonte, nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich bedeutungsvoll indem sie eine neue Form der Spartätigkeit darstellt, die in die Milliarden geht. Ungelöst blieb bis jetzt die Krankenversicherung.

Erst während des Krieges zog aufgrund grosser Wahlerfolge der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat ein, jetzt erst, recht lange nach der Einführung des Verhältniswahlverfahrens, verlor der Freisinn die absolute Regierungsmehrheit. Ein konservatives Element zeigt sich in der grossen Zahl verworfener Verfassungsinitiativen, tendierend u. a. nach der Volkswahl des Bundesrates, nach der Gesetzesinitiative, auch darin, dass der Totalrevision der Bundesverfassung verhältnismässig geringes Interesse entgegengebracht wird.

Eine gewisse Wende im Sinne grösserer Unruhe, die in unsere Politik kommt, zeigt sich seit der Zeit um 1960. Einerseits ist die Konkordanzdemokratie erreicht, die Gegensätze unter den etablierten Parteien im Abnehmen; andererseits erzielten nun verschiedene Initiativen (Fremdarbeiter, Waffenausfuhr, Recht auf Wohnung), wenn auch nicht die Annahme, so doch sehr beträchtliche Kontingente von Ja-Stimmen. Endlich waren die neuen Parteien (Republikaner und Nationale Aktion) und die sogenannte «ausserparlamentarische Opposition» mit ihren Ablegern zu nennen.

Aus Zeitgründen konnten manche Probleme nicht einmal angeschnitten werden, so die Schul- und Bildungsfrage. Die erstmals etwas lebendigere Aussprache warf denn auch noch manche Fragen auf. Vor allem sei festgehalten, dass sehr vieles auch für uns Wichtige längst nicht mehr unter rein schweizerischem

Blickwinkel verstanden werden kann, sondern dass globale Fragen (Umweltschutz, die Frage des unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums, der Erschöpfbarkeit der Energievorräte) Weltprobleme sind, die, bei aller fortdauernden Mitverantwortung des Einzelstaates, auch von unserer kleinen Schweiz doch nur weltweit angegangen und gelöst werden können. -d -r

Literaturangaben

I

Hans von Greyerz, Die Schweiz zwischen zwei Weltkriegen. Rektoratsrede. Bern, Haupt, 1962.

— Die Schweiz (in: Weltgeschichte der Gegenwart in zwei Bänden. Bd. 1: Die Staaten, S. 124—138. Bern, Francke, 1962).

— Der Weg der Schweiz 1914—1964. Enthalten im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1964, Bern 1964. (Die Mitglieder des Historischen Vereins erhielten seinerzeit einen Sonderdruck dieses Aufsatzes.)

Strukturwandlungen der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Fritz Marbach zum 70. Geburtstag. Bern 1962.

Ein Jahrhundert schweizerischer Wirtschaftsentwicklung 1864—1964. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft. Bern 1964.

E. Ackermann, Sechs Jahrzehnte. Wandlungen der Lebenshaltung und der Lebenskosten seit der Jahrhundertwende. Zürich 1963.

E. Gruner (Herausgeber), Die Schweiz seit 1945. Bern (Francke) 1971.

E. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bände 3—6, bei Helbling und Lichtenhahn in Basel erschienen.

W. Gautschi, Der Landesstreik 1918, Verlag Benziger 1968.

— Dokumente zum Landesstreik 1918, Verlag Benziger 1971.

P. Schmid-Ammann, Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918, Morgartenverlag Zürich 1968.

Als Nachschlagewerk muss genannt werden: E. Gruner, Die schweizerische Bundesversammlung (steht auf der Landesbibliothek Glarus).

II

Eduard Weckerle, Hermann Greulich. Büchergilde, Zürich 1947.

Paul Schmid-Ammann, Emil Klöti. Europaverlag Zürich 1965.

J. R. von Salis, Giuseppe Motta. Orell Füssli Zürich 1941.

Hermann Wahlen, Rudolf Minger. Verbandsdruckerei Bern 1965.

Hermann Böschenstein, Bundesrat Schulthess. Verlag Haupt Bern 1966.

— Bundesrat Karl Scheurer. Tagebücher. Verlag Stämpfli Bern 1971.

**Sonderdruck aus «Glärner Nachrichten»
vom 6., 13., 20. und 27. September 1973**